

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 268 Jahrgang 212



Bezugspreis: für Halle und Dessau monatlich M. 1,25, vierteljährlich M. 3,75, ein Jahr M. 12,00. Durch die Post monatlich M. 1,25, vierteljährlich M. 3,75, ein Jahr M. 12,00 zuzüglich Porto.

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 5. Juni

Anzeigenpreis: Briefe, Interzeilen je Zeile 20 Pfg., auswärts je Zeile 40 Pfg. —
Gelbst. in Halle: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Marzahn Nr. 6920
Stene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Ein 24-Stunden-Proteststreik im Ausland

In den Entente-Ländern regt es sich

(Eigene Drahtmeldung der S. Z.)

X Lugano, 4. Juni.
In einer hier beschafften Volksversammlung in Mailand sprachen gestern Abend die englischen Sozialisten MacDonald und Lugton, der französische Longuet und der Italiener Turati und andere gegen den Gewaltfrieden und forderten, daß in den vorausgegangenen Beratungen eine Einigung über eine gleichzeitige in Frankreich, England und Italien vorzunehmende Protestaktion gegen die Vergeßlichkeit der sozialistischen Republiken Rußland, Ungarn und Deutschland zu Stande gekommen sei. Es handelt sich bekanntlich um einen gleichzeitigen in Italien, Frankreich und England zu veranstaltenden 24 Stunden Generalstreik.

(Eigene Drahtmeldungen der S. Z.)
Brantfurt a. M., 4. Juni.
Von auerlässigen, den Schweizer politischen Kreisen nahe stehenden Personen wird aus Basel berichtet: Der nieder schweizerische Bundesrat, welcher die bisherige Behandlung der deutschen Gegenanträge hervorgerufen hat, erreichte den Gipfel der Feindseligkeit der österreichischen Bedingungen. Trotzdem man dem Schweizer der Vorwärtsbewegung im großen ganzen wohl gegenübersteht, hat die beinahe unveränderte Art, mit der man die beiden Völker unterwirft und unbedeutend gefaßt hat, der schweren Verstimmung und Abneigung der Schweiz gegen die vorerwähnte Form des Völkervertrages einen außerordentlich starken Impuls gegeben. Man weiß, daß auch in Frankreich eine Abhängigkeit bezüglich der Schweiz haben würde wie in uns, ganz zu schweigen von Italien.

Berlin, 4. Juni.
Der heutige Tag wird vollständig vom Streik beherrscht, den die Arbeiter als einen großen Erfolg der Sozialdemokratie bezeichnen. In Paris ist ein Streik der Eisenbahner, der Arbeiter und Arbeiterinnen im Hotel angebrochen, das heute Abend keine elektrische Verbindung gibt. Die Arbeiterbewegung in irgend einer Weise die Friedensverhandlungen zu beeinflussen, läßt sich zur Stunde nicht jagen. Die Arbeiter sind vor Vertriebenem Schlaflosigkeiten wachen. Dann nach der Abendruhe funktioniert der Apparat des Streikrechts vorerst in gewohnter Weise weiter. Die Herren sollten heute nachmittags die deutschen Gegenanträge geprüft haben. Die fünf Minister des Reiches sollen die Antwort der österreichischen Minister des Reiches am 4. Juni abgeben. Diese einen genaueren Waffenschein begreifen. Heute die Antwort richtig ist, könnte man daraus schließen, daß die Antwort der Entente noch nicht die Woche, vielleicht frühestens Mitte nächster Woche zu erwarten ist. Angewandte Arbeiter und es ist nur natürlich und jedenfalls nicht auffällig, daß die Staatsbürger Kenner lösen, weil er nicht wie ein Feind betrachtet werden und sich einmüßig unterwerfen. Die Entente hat heute, „Tempo“ heißt hervor, daß der Standpunkt der Entente, Deutschland ist nicht als Nachbar der österreichischen, ungarischen und russischen angesehen werden, von den anderen Ententeleistungen geklärt werden. Er findet auch seine Ziele, daß Deutschland nicht als Nachbar der Entente betrachtet werden könne, zum mindesten aufsehend. Derartige ist natürlich, die mit Realpolitik nicht zu tun habe.

SS Berlin, 4. Juni.
Die Streiks in Paris und anderen Teilen Frankreichs nehmen allmählich Dimensionen an, die in Verbindung mit der Arbeiterbewegung in England und Italien eine Deformation der Entente-Regierung zu erkennen scheinen. Das hat auch die Entente-Regierung zu erkennen. Seit heute früh freilich in einem Artikel seine Verurteilung über die Streikbewegung seinen Ausdruck fand. Bis Nachmittag waren die Straßenbahn und Automobilbusse zum größten Teil stillgelegt. Es scheint, daß auch das Elektrizitätswesen stillgelegt ist. Gegen den funktionierenden in Paris ist das elektrische Licht nicht. Auch der Betrieb der Eisenbahnen ist stillgelegt. Die Arbeiter in den Automobil- und Flugzeugfabriken. Dazu kommen noch die großen Streiks der Arbeiter in Paris und des Calais, der Textilarbeiter in Frankreich und eines Teiles der Warenhausangestellten in Paris und andere.

Amsterdam, 4. Juni.
Am 30. Mai fand in der „Gerechtig“ in London eine Parteiverammlung gegen die „aburden freizeithilfen Friedensbedingungen“ mit Deutschland statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der

gegen die Friedensbedingungen protestiert wird, die eine Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen, eine Vergewaltigung der Grundrechte, von denen die künftigen Staatsmänner bei der Bestimmung des Friedens geleitet wurden, und die Vernichtung des Völkervertrages bedeuten.

Ein Kronrat in Konstantinopel

Nur Umfassung der Regierung.
(Eigene Drahtmeldung der S. Z.)

Amsterdam, 4. Juni.
Die Necker erklärt, wurde in Konstantinopel ein Kronrat abgehalten, um die künftigen politischen Ereignisse festzulegen. An dem Rat nahmen teil der Sultan, der Großvezir und gegen 200 Politiker. Man verlangte unter anderem die Bildung einer Koalitionsregierung, in der der Kronrat die Stelle der Nationalversammlung einnehmen soll. Ferner wurde ein Beschluß gefaßt, daß die Verammlung nur einen beratenden Charakter haben solle.

Die Dänen fordern Selbstverwaltung

Kopenhagen, 4. Juni.

Die dänische Volkspartei hielt am 4. Juni eine große Versammlung in Kopenhagen ab. Die Dänen und Wallonen wurde die Selbstverwaltung gefordert. Bei verschiedenen Franzosen wurden Fenster zertrümmert. Auch in Brüssel fand eine dänische Kundgebung statt.

Lewin's Todesurteil

Die Regierung behält sich Entschädigung vor.

München, 4. Juni.
Der Attentatsverdacht der U.S.P. München hat in einem Telegramm an den Ministerpräsidenten Solmann die Aufhebung des Urteils gegen Lewin verlangt. Lewin, Minister des Reiches, wurde gegen Lewin in der Frage, ob das Attentat gegen Lewin vollzogen werden soll, in kürzester Zeit die Entscheidung treffen.

Gegen den Hochverrat

Die Anträge im Osten.

Berlin, 4. Juni.
Wie wir erfahren, sollen in Westpreußen Verhandlungen im Gange sein, die Preußen und Wallonen bis zur Wiederherstellung der Reichsregierung, vielleicht unter der Bedingung des Rückzugs von Ermland, erheben zu lassen. Die Staatsregierung wird, wie man wohl annehmen kann, diesen Hochverratlichen Plänen genau zu erwachen und geeigneten wie dem im Reichstag. Der des Hochverrats angeklagte Staatsanwalt Dr. Dörren konnte bisher noch nicht aufgefunden werden.

Berlin, 4. Juni.
Die Voruntersuchung gegen Staatsanwalt Dr. Dörren ist beendet. Zum Untersuchungsrichter wurde Reichsgerichtsrat Dr. Schmidt ernannt.

Also doch: Schwarz-rot-gold

Als Verfassungsentscheid angenommen.
(Eigene Drahtmeldung der S. Z.)

In der Sitzung des Verfassungsentschusses der Nationalversammlung wurde der Beschluß, daß Schwarz-rot-gold die neuen Reichsfarben sein sollen, angenommen.

Das wahre Gesicht der Demokraten

Berlin, 4. Juni.
Die Fraktion der Deutschdemokratischen Partei der Nationalversammlung sah heute einmütig auf Antrag der Abgeordneten Gauhmann, Waldstein und Schiffer folgende Entschädigung:
„In vollständiger Übereinstimmung mit dem Reichsmittelrat und den Mitgliedern der Fraktion im Kabinett erklärt die Deutschdemokratische Fraktion der Nationalversammlung die Zustimmung zu dem deutschen Friedensvertrage trotz seiner an die äußerste Grenze gehenden Belastung, und beharrt einmütig auf dem Standpunkt, daß der mit den Lebensbedingungen des deutschen Volkes unvereinbare, völlig unersättliche Friedensvertrag der Entente unannehmbar ist und nicht.“

„In die äußerste Grenze gegangen? Unserer Meinung nach sind die Gegenanträge der deutschen Regierung ein Schlag in das Gesicht des deutschen Volkes, das seit der Revolution so viel Schmach auf sich geladen hat. Wenn die deutschdemokratische Partei in diesem Friedensvertrage der Regierung ihr Jawort gibt, so enthält sie ihr wahres Gesicht. Es mag dem Volk überlassen sein, zu urteilen, ob diese Partei dem Geist des Vaterlandes dient.“

Die Schuld-Lüge der sozialistisch-demokratischen Regierung

Ueber die Gründe, welche die gegenwärtige Regierung bewegen, von einer Schuld- oder doch Mitschuld der deutschen Regierung am Ausbruch des Krieges zu sprechen, schreibt Graf G. zu Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ folgendes:

„Es ist wahrscheinlich, daß die Gegenanträge der Regierung in beinahe allen Volksschichten mit Schrecken und äußerstem Befremden gesehen werden und die Ueberzeugung um sich greift, daß diese Welt wieder entfernt ist, das Interesse des deutschen Volkes wahrzunehmen, wahrnehmen zu wollen. Durch solche Ueberlegungen muß die Bevölkerung von selbst auf die Frage kommen, und zwar bei jedem Punkte: wie so etwas überhaupt möglich, wie es zu erklären ist, daß man in einem solchen Augenblick, wie jetzt, so tatsächlich alles für Deutschland und die Deutschen auf dem Spiel setzt, die Männer, welche durch List und Gewalt einen Zustand schufen, der ihnen ermöglichte, die Macht zu ergreifen, — daß diese Männer, die „Volksgesetzgebung“, den Feinden im Namen des deutschen Volkes Angebots machen, die wenn bewirkt, den Feinden derselben deutschen Volkes bedeuten müßten. Das Hauptorgan dieser Regierung, der „Vorwärts“, sogar ist mit den Gegenanträgen zum Teil nicht einverstanden, hauptsächlich nicht mit dem ungeheuerlichen Anerbieten, unseren Feinden hundert Millionen Goldmark zu zahlen.“

Die Kritik der Gegenanträge im „Vorwärts“ bemüht in ihrem hauptsächlich eine richtige Diagnose unserer Gegner. Das ist nur von Nutzen gewesen richtig. Wir fragen: woher diese falsche Diagnose kommt? Sie beruht darauf, daß die deutsche Regierung nach wie vor auf dem Boden des mehr oder minder schäblichen um Ausland geschickten Verheimlichens steht. Deutschland sei an der Verheerung und am Ausbruch des Krieges zum mindesten „Mitschuldig“. Mitschuldig bedeutet Schuld. Die Entente ist also in die Lage gesetzt, zu sagen: wir sind nicht schuldig am Kriege, wir haben ihn nicht gewollt, vielmehr alles getan, um den Frieden zu erhalten. Ihr Deutschen geht nun selbst eure Schuld zu. Ob ihr sie wirklich nicht, ist uns, die wir keine eigene Schuld zugeben, gleichgültig. Wir stellen nur fest, daß ihr das Vorhandensein der Schuld auf eurer Seite konstant feststellen wollt. Die deutschen Gegenanträge gehen vom gleichen Grundsatz aus. „Mitschuldig“, also Schuld aus, und stehen infolgedessen auf gleichem Boden wie die Friedensbedingungen der Feinde. Der Unterschied liegt also nur noch im Grade. Er ist kein grundsätzlicher, wie er sein müßte, wenn der Wahrheit gemäß, die deutsche Regierung von Anfang an gesagt hätte: Deutschland ist nicht schuldig am Ausbruch des Krieges, deshalb verhandeln wir nicht über Bedingungen, geschweige denn nehmen wir sie an, deren alleinige Grundlage die Annahme deutscher Schuld bildet!“

In dieser Ungehörigkeit liegt, zum Standpunkte des allgemeinen Lebensinteresses des deutschen Volkes gesehen, der schwerste unheilvolle Fehler: daß Deutschland in Versailles als Schuldiger nicht allein hingestellt worden ist, sondern — durch seine Verletzung — von diesem gleichen Standpunkte des Schuldigen um Ueberlegung der Bedingungen handeln muß.

Ganz anders sieht die Sache aus, wenn man sie unter dem Gesichtspunkt der Politik der deutschen Regierung, ihrer Parteihäufungen und Presse betrachtet. Für sie ist die Annahme der Schuld des monarchischen Deutschland am Kriege und im Kriege eine Lebensbedingung. Die Propagierung dieses Schuldvorwurfs an der Front, in der Stille und in der Heimat brauchte sie und hat mit entscheidendem Erfolge angewandt, um Herz und Volk von der Monarchie und den Herrschern, von nationalen Bedenken, von der Pflicht und von der richtigen Auffassung dieser Krieg ist ein Verbrechen, ein Verbrechen, als fähig zu machen. Mit der Frage von der deutschen Schuld am Kriege ist die Revolution vorbereitet und gemacht worden. Die selbe Lüge dient und dient der Regierung und ihren Parteilichen dazu, um das alte Regime als „Hochverrat“ hinzustellen und die neuen Männer als Retter und reinigende Gegenkräfte erscheinen zu lassen; desto lauter, je jammervoller die Gräueltaten ihres glorreichen Regiments und je offenkundiger ihr schändliches Verbrechen in ihrer Entschädigung der Macht wird. Mit derselben Lüge schließlich verurteilt man bei Wilson und der Entente zu treffen, um auf Kosten des „Hochverratenden alten Regimes“ die „Verständigungsarbeiten“ zu erfüllen, mit dem Gefolge, daß die

Vertical text on the left margin, including page numbers and other markings.

Das ist keine Selbstverleugung, sondern nur offen das durch sie
beabsichtigt und erzielte deutsche Volk von den Feinden aus
zu beschützen und sie zu befreien zu wollen.

Die Schicksale der Welt sind ungewisshafte Be-
ziehungen der deutschen Regierung und ihrer Kräfte,
bevor sie die Rolle der „Weltregierung“ spielen.
Sie will und kann diese Lebensbedingende Lage
nicht beschleunigen, ohne sich selbst das Todesur-
teil zu sprechen. Die Angst in jeder Entscheidung dieses Hül-
fes Bundes zeigt sich konstant auf Schritt und Tritt. Geheim
hülle der „Rohstoffe“ ruffische Erfindungen aus der Moskauer
Gebirge der Moskauer „Rohstoffe“ mit, die einige wertvolle bohnen-
artige Menge für die Schuld der Entente liefern, dagegen das
heutige Deutschland nicht mit einer solchen Menge. Nichtbe-
achtung gläubt der „Rohstoffe“ gleich selbst hinzugehen zu
müssen: Es kann in keiner Weise der Zweck dieser Beziehungen
sein, Deutschland von aller Schuld rein zu waschen. Mit
anderen Worten: das Parteinteresse erweist sich, daß
die Lage eines deutschen Schuld nicht er-
schwert werde, etwemal, ob es auf Kosten des
deutschen Volkes geht.

Denn kommt das heutige vertretende Spiel mit dem Be-
griffe der „Schuld am Krieg“. Wir haben bereits gelegentlich
kurz erwähnt, was hier unter Schuld verstanden werden kann
und darf. Im Krieges Schuld sind diejenigen Mächte, welche sich
genötigt, von langer Hand her militärisch, wirtschaftlich, politisch
und diplomatisch vorbereitend und schließend, einzeln auf wie
krummem Wege — (Seit 1914 —) herbeigeführt haben, keine
Schuld, auch nicht „Mitschuld“, kann dagegen den Staatsmännern
und dem Volke dem begebenen werden, die im politischen und
diplomatischen Kampfe gegen weit überlegene Gegenpieler sich
immer in der Vorbereitung befinden, sich in den vertrauenswür-
digen Beziehungen, die durch einen — angelegentlich der tatsäch-
lichen Lage entstehen — Waff sich durchsetzen zu können glauben,
die auch in der letzten Stunde vor dem Kriegsausbruch dazu
unfähig und ungeschickt arbeiteten und meinten, so werde der
Friede erhalten bleiben; die endlich trotz allem in den Krieg
hineingezogen wurden und sich auch dabei ungeschickt ungeschickt
benahmen. Man kann ihre Unfähigkeit beklagen, aber Schuld
ist etwas ganz anderes.

Wenn Sozialdemokratie und Demokratie anfangen jammern,
der Imperialismus und seine Vertreter hätten den Krieg ver-
schieden, so ist das nicht, was eine Frage für sich, daß
deutsche Reich hätte, und konnte, seinen Imperialismus. Ganz
dabei aber absehen, sich dieses Thema in Verhältnis gar nicht
zu fragen. Dort handelt es sich darum: wer trägt die
Schuld am Krieg? Die Entente oder Deutschland? Wel-
cher Deutschland sich schuldig, will es sich behaupten lassen, als
ob es schuldig wäre?

Vor der Entscheidung

Die Stimmung zum Nachgeben

(Eigene Dramatisierung der „D. S.“)

„Secota“ wohnt am Parli. Die militärischen
Vorbereitungsmaßnahmen gegen Deutschland sind in
den letzten Tagen unvermutet zum Stillstand gekommen.
Marshall Foch und die Mitglieder der feindlichen und ver-
bündeten Deputationen sind nach Paris zurückgekehrt.

Nach einer Werbung der „Daily News“ meldet am Parli:
Eine Zweifel liegt ein Weib der Verbindung in der Luft.
Militär (sowie die sämtlichen amerikanischen Abgeordneten
sind unbedingte für eine Revision des Vertrages. Das
Lloyd George antwortet, steht er in keiner Weise hinter seinen
britischen Genossen zurück. Im Ministerrat am Sonnabend
wurde die Stimmung der Verbindung härter denn je. Der
Wunsch, den Deutschen ein günstiges Beispiel für die Ver-
sicherung ein Dokument vorzulegen, das sowohl rechtlich gerecht-
fertigt und durchführbar ist — was wir von dem Vertrag in
seiner jetzigen Form nicht behaupten können — nimmt täglich zu.

Der „Times“ äußert sich zu dem St. Germainer Ver-
tragsvertrag: Er sei nicht in der Form abgeschlossen, sondern auf den
Grund der Zerfälle von St. Germain geschlossen. Der Wind
wird ihn wecheln.

Ein Rat zum Guten

Amsterdam, 4. Juni.
„Daily Herald“ veröffentlicht den Versuch eines
Friedens, den hervorgerufen politische Persönlichkeiten aus
Militär und Lloyd George gefordert haben. Sie fordern
dabei alle alliierten Staatsmänner in Paris bringend auf, die
deutsche Bitte um Abänderung des Vertrages und dieser Bitte
unparteiisch humanitätlich zu erwägen und wieder Bitte um
irgend möglich entgegenzukommen. Der Brief lautet:
„Wir sind der Ansicht, daß der Frieden, den wir wünschen
von der deutschen Regierung als Verzicht des deutschen Volkes
unterzeichnet wird, von unendlich größerem Werte ist als
der Frieden, der ihnen durch Verhandlungen mit ungenü-
gend aufzufassen wird.“

So ändert sich die Welt

Amsterdam, 3. Juni.
Der sozialistische „Daily Herald“ kommt in einem Artikel
auf die Drohung Lloyd Georges zurück, daß der Friede
in Berlin unterzeichnet werden würde, wenn Deutschland
in Versailles nicht unterzeichnet. Das Blatt schreibt:
Diese Drohung ist ein ausgezeichnetes Beispiel für die Ver-
änderungen, die seit dem Waffenstillstand vor sich gegangen sind.
Der unverständliche Kommandant ist jetzt auf Seiten
der Alliierten zu finden. Wie verhalten sich die en-
gländer Arbeiter dazu? Wenden sie, daß darin das vornehmste
Mittel zum Ausbruch liegt, für das unteren jungen Männer
herben? Sind sie in der Hoffnung gestorben, daß in Berlin
ein Frieden von beispielloser Ungerechtigkeit über den
Schicksal von Frauen und Kindern unterzeichnet werden würde?
„Daily News“ Rotterdamische Courant“ meldet die Erwähnung
Lloyd George am Parli vom 3. Juni: Man kann schon

im voraus sagen, daß die Entente die Verträge von
Versailles nicht ratifizieren werde. Den feindlichen Bevöl-
kerungen wird es in Berlin von drei bis vier Tausend zu
Entscheidung darüber einermittelt werden, ob sie die Be-
dingungen annehmen wollen oder nicht. Das Recht Eng-
lands, die deutschen Kolonien zu behalten, wird wahr-
scheinlich noch einmal zur Sprache kommen, sobald eines der
Schicksale von Lloyd George, das über die letzten
Deutschland zurückgegeben werden muß, um die wirtschaft-
liche Lage Deutschlands zu erleichtern. Die amerikanischen
Gesandtschaften hätten bei Wilson darauf gedrungen,
daß Wilson die deutschen Kolonien nicht aufgeben sollte, daß die Deutschen
ein Recht haben für die Kolonien bekommen sollen, um
ihnen die Erfüllung der wirtschaftlichen Bedingungen zu ermög-
lichen.

Die Antwort des Herrerns wird morgen festgesetzt.

Die „Arbeit“ behauptet, daß die Abgabe des Vorpar-
laments verweigert wurde, da die feindlichen Wirtschaftlichen Bedin-
gungen von Wilson, Clemenceau und Lloyd George ausge-
arbeiteten Verträge nicht angenommen haben.

Gemeindeeinkommen-Steuerung

Das Preußenparlament stimmt einstimmig an.

Am Ministerisch: Dr. Sabelmann. Berlin, 4. Juni.
Vizepräsident Dr. Sabelmann eröffnete die Sitzung um 10 Uhr.
15 Min. In dritter Lesung wurde eine Entzweiung angenom-
men die Gegenüberstellung zur Erweiterung der Be-
zugskreise des wehrpreussischen Provinzialaus-
schusses, zur Veränderung der Staatsgüldenber-
echnung und zur Erweiterung des Reichsfinanz-
Rechts. Es folgt die zweite Beratung des Gegenüber-
satzes über die neue Gemeindeeinkommensteuerung
im Jahre 1919.

Abg. Huse (Dem.): Wie sind mit dem Grundgedanken dieses
Gesetzes einverstanden. Der Minister wird auf zum Ausfüh-
rungsanweisungen darüber herauszugeben.

Abg. Huse (Dem.) und Abg. Seiler (Zn.) erklären ihre Zu-
stimmung.

Abg. Seiler (Zn.): Die Vermehrungen werden bei der
Vermögensbesteuerung ungeschicklich gemacht. Aber ent-
scheidet einen Antrag seiner Partei mit einer entsprechenden ver-
änderten Einteilung die Einkommen bis zu 5000 M. ent-
lassen.

Ministerpräsident Sabelmann: Der Vertreter der Unabhängigen
würde auch eine Agitation über die gehalten haben, wenn ich
seinen eigenen Antrag als Reichsbeschluss eingebracht hätte. (Zu-
stimmung.) Es handelt sich hier um ein kleines Regele-
gesetz, das einige Verbesserungen bringt. Es kann nicht alle
Eben beinhalten und mit in die Studie schicken. Ich
habe nicht gesagt, daß eine Reichseinkommensteuer
nicht mehr kommen soll, sondern ich habe gesagt, daß sie in
einige Jahre mehr sein können sollen. (In diese Richtung ist
es, daß es eine Freiheit ist, wenn ich dem Volke einen
in die Augen streuen würde. Nicht ist leichter, als sich populär zu
machen, indem man volkstümlichen Strömungen nachgibt und
indem man sich dann vor dem Zusammenbruch durch Minis-
terabgabe retten will. Nicht ist leichter, als eine solche Politik zu
treiben wie die Unabhängigen. Ich würde die erste Ehre
Loyalität halten, so zu handeln und ich habe den Mut, mich
unpopulär zu machen und die Wahrheit zu sagen. (Beifall
Beifall.)

Abg. Dr. Leibig (D. Vp.) stimmt der Vorlage zu.
Die Vorlage wird nach weiterer ungeschicklicher Debatte
nach Ablehnung der Anträge der Unabhängigen in zweiter
Lesung einstimmig angenommen, ebenso in dritter
Lesung.

Es folgt eine förmliche Anfrage der Sozialdemokraten über
die Beschäftigung und Einstellung der Kriegs-
beschädigten.

Abg. Wobli (Soz.) bemerkt zur Begründung, es sei not-
wendig, die Kriegsschädigten als Arbeitskräfte in das Wirt-
schaftsleben einzuführen.

Ein Regierungskommissar antwortet, über die von der
Regierung zu treffenden Maßnahmen liegen sich Einzelheiten noch
nicht mitteilen, da die Beratungen noch nicht abgeschlossen seien.
Abg. Dr. Leibig (D. Vp.) antwortet, er werde sich für die
Kriegsschädigten einsetzen.

Abg. Wobli (Soz.): Auch die Forderung der Kriegsschädigten-
fürsorge ist von der Sozialregierung abhängig.

Abg. Wobli (Soz.): Hier handelt es sich um keine Parteifrage.
Alle Parteien müssen dem Minister bewusst sein, den
Kriegsschädigten zu helfen. Wenn diese oder auf den Sozial-
ismus der Zukunft warten wollen, dann müssen sie verhungern.
Wir müssen die Kriegsschädigten auch selbst unterstützen.

Auf eine Anfrage der Sozialdemokraten betreffend die Für-
sorge für aus dem Bereiche der Kriegsschädigten Weltkriegs-
beschädigten erklärt ein Vertreter des Reichsministeriums,
daß diese ebenso wie die übrigen Kriegsschädigten behandelt werden
sollen.

Das Haus verliert sich am Dienstag, den 17. Juni, 1 Uhr:
Kleine Anfragen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Banerns Dank für den König

(Von unserem Sp. Sonderberichterstatter.)

München, 3. Juni.
Zwei Mitteilungen in der Landtagszeitung hebt nicht mehr
im Blick, denn im Welt lebenden König Ludwig mit seiner
Familie in Bayern das Heimatland zu verlassen. Die
Regierung Hoffmann hat schon vor Wochen mitgeteilt, daß der
König, wenn er ins Land kommen wolle, er daß ungeduldet im
Land.

Die Zukunft der Freiwilligen

Der Reichswehrminister erklärt einen Auspruch an die Freiwilligen,
in dem es heißt:
Amerikaner! Der kommende Friedensschluß, ganz gleich, von
welchen Parteien er vollzogen wird, bringt eine starke Einseitig-
keit der deutschen Wehrmacht. In Deutschland wird den Frei-
willigen gebietet, daß sie demütigt auf die Straße gehen wer-
den sollen und dann das Schicksal der Arbeitslosen teilen werden.
Die Freiwilligen sollen gerüstet und zum Auseinanderlaufen
gebracht werden. Dann würden die Leute, die aus russische Zu-
stände bereiten wollen, freie Bahn haben. Die Freiwilligen
sollen wegen ihrer Zukunft zu beräteln sein, wie es in dem kriegs-
preussischen Deutschland möglich ist. Ihre Leistungen werden wohl
anerkannt. Das findet ihnen Auspruch dadurch, daß dieser Tage
eine ganze Anzahl von Männern aus dem Mannschafslände zu
Offizieren befördert werden.
Der notwendig werden. Wenn das Heeres nicht nur lang-
sam konstatieren kann. Dabei werden die mangelnden Wehr-
der Berufsständigen wohl respektiert werden dem Wohlstand, der den
Freiwilligen angeboten wird, werden wir zu begreifen wissen. In
den Bereichen des Reiches wird falls eine Werbung der Frei-
willigen weiter versucht werden sollte. Was fest gehalten werden,
wenn sie ins bürgerliche Leben zurückkehren. Ebenso werden bei
den eingeleiteten arbeitslosen inerten Kolonisten die Freiwilligen
in anderer Weise neben den Kriegsschädigten bei der Ausbil-
dung Berücksichtigung finden.

Rheinrepublik und preußische Staatsidee

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Antwort der Reichsregierung an die sogenannte
„Rheinische Republik“ kennzeichnet die Abwehrhaltung der
deutschen Regierung, aber die Abwehr ist keineswegs leicht zu nehmen, da die Franzosen den „Souverän“
beden. Die Entscheidung der ganzen Bewegung ist daher
auf „die Herstellung des Status der Rheinlande“ zu setzen.
reicht Preußen, zurückzuführen, die von sozialistischer
Seite mit großem Erfolg betrieben wurde. Tausendmal
lehrt die Geschichte, daß sich ein Reich, das wehrlos gemacht
wird, in seine Bestandteile auflöst, und diese Gefahr droht
nicht auch über Deutschland. Sie muß deshalb mit aller
Macht abgewehrt werden. Eine einfache Aufgabe ist es aber
nicht, die Wehr, die nun einmal gerufen sind, wieder zu
berücken. Doch es geschieht in dieser Hinsicht etwas
und Wunder. Soeben hat „der sehr ehrenwerte Herr
Ebert“, wie der Papst den deutschen Reichspräsidenten
nannte, ein Loblied auf die preussische Staatsidee ange-
stimmt. Vor ein paar Monaten war er der Weisheit und
demutvoll auch der Regierungswort leiter. Er behauptet,
preussische Staatsidee ebenmäßig schnell wie radikal dadurch aus-
der Welt zu schaffen, daß Preußen in je etwa 2 Millionen
abnehmend selbständige Republik auszubilden beabsich-
teten sollte. Aus diesen sogenannten Verfallsprozess-
würde, der den demokratischen Minister Preußens
nicht nur, sondern auch zum Vater hätte, leidet sich auch jetzt der
Gedanke her, eine rheinische und auch eine hannoversche
Republik zu schaffen. Jetzt aber tadelte die Regierung, und
besonders Herr Ebert, mit starken Worten die „Reichs-
flucht“, die sich in den Klären und Unternehmungen „einer
Abenteuerer und moralisch und national verabsoluten
Schwindler“, die sich in den Klären und Unternehmungen „einer
loher Geißen“ in der Welt und im Rheinlande zu tun
— die Geißen ändern sich, und wir ändern uns ihnen.
Egar vom „Gort der Reaktion“, vom „rückfälligen
Erb“, vom „preussischen Machtungen“ und tausend ande-
ren laudatorischen sozialistischen Wortsätze, die trotz ihrer Ab-
gehandelt ihren Eindruck auf die reife „Wahl“ nie ganz
verloren, ist gar nicht mehr die Rede. Man hört den
neuen Anwesender: „Erfreulich sind die verschiedenen Be-
merkungen der bedrohten Strömungen zum Deutschland. Es
offenbart sich darin die alte, alte Kraft und das kulturelle
Selbstbewußtsein der preussische Staatsidee, die von
Grenzländern, die von ihren Abgeordneten selbsteigenen
schaffenem unbedingt verteidigen wollen.“ Also aus jeder
Munde lagar ein Loblied auf die „Tradition“. Der Mensch
müht sich mit seinen höheren Zwecken. Außer dem gibt
Gott dem, dem er ein Amt gibt, bekanntlich auch immer
Verstand. Vor dem 9. November war Preußen als „domi-
nieren“ wurde, heute erntet die Freiheit der preussischen Staats-
idee. Wären die guten Erkenntnisse nur rechtzeitig ge-
kommen, so brauchen wir heute nicht für die preussische
Staatsidee und die Reichsregierung zu fürchten. Die
sozialdemokratische Regierungsmehrheit, die sich in erfolgreicher
steter Steigerung der Höhe und Lebensmittelpreise zeigt,
erweist sich eben geradezu als Ephemere. Ihre lange
Wirkung ist noch dauern, bis die in Schließen und Kommen
entwischen Strömungen, die „Republik Preußen“ zeitigen
Herr Ebert, Scheidemann und Genossen bleibt zu dann
schlichtlich immer noch der „Wohlfahrt Berlin“ als Experi-
mentalobjekt für ihre Herrschaftswelt, aber auch hier
durch Vorübergehenden verflüchtigen flüchtig, weil die
Anfang vom Ende sehen. Nicht nur die preussische Staats-
idee, sondern auch die Kaiserreichsidee haben die sozialisti-
schen Lotengräber zerstört, aber unter den Trümmern
Preußens und des Reichs werden auch die Abwehr-
kräfte erhalten werden, die seit Jahrzehnten an der
Abwehr der demokratischen Schöpfung beschäftigt
waren. Geloben Monate dauert nun das Schicksal der
Revolution — was wird uns der achte bringen? Entweder
ein Ende mit Särgen — oder einen Schwanz ohne Schwanz.
Vor die Wahl haben uns die Schwärzer des „Militarismus“
gestellt, der in Wahrheit unsere Hüften und unser
deutsches Volk vor dem tödlichen und geistigen Verderben
schützt!

Kleine Nachrichten

Die Beschäftigung der Kriegsschädigten der Entente
durch die deutschen Verträge hat in der Schweiz, besonders
in der Gegend von Genève, großes Aufsehen erregt. Die
Beschäftigten sind bereits mit der französischen Ausgabe durch
„Journal de Genève“. Genéville gibt seiner Unerschrocken
Ausdruck, daß die Neutralen eher die Offensivität und die
geschlossene, Bepflanzung in den Grenzländern von dem
offiziellen Text der Vertragsentwürfe Kenntnis erhalten.

Die Gegenüberstellung der deutschen Regierung zu den Friedens- bedingungen hat jedoch zum Preise von 1.800 M. im Verlage von Reimer Hobbing in Berlin erschienen. Das Buch enthält den vollständigen amtlichen Text, der bisher der Öffentlichkeit nicht bekanntgemacht worden ist.

Neue Südwestafrika-Transporte. In Amsterdam werden am
7. Juni 889, am 13. Juni 787, am 16. Juni 467 Südwestafrika-
transporte. Die familiären Transporten sind aus Frauen und
Kinder.

Bombenentfaltung. Der New-Yorker Berichterstatter der
„Times“ berichtet über die Bombenentfaltung in den Vereinigten
Staaten, daß am 3. Juni morgens in neun verschiedenen
Städten Explosionen stattfanden. Es handelt sich in sämtlichen
Fällen um Anschläge auf Personen, die mit der Unterdrückung
des Bolschewismus zu tun hatten. Die Personen, denen die
Anschläge galten, wurden nicht verletzt.

Falsches Geld. In Hamburg wurde eine aus acht Personen
bestehende Bande festgenommen, die falsche 50 Mark-Scheine
der Ostlostaube 1918 in Lübeck und Hamburg in Verkehr
brachte. Die Scheine sind in Kiel angefertigt. Die Bande
brachte im ganzen 837 Stück in Umlauf und stellte insgesamt
für 41.350 M. Scheine her.

Die Gegenüberstellung der deutschen Regierung zu den Friedens-
bedingungen hat jedoch zum Preise von 1.800 M. im Verlage
von Reimer Hobbing in Berlin erschienen. Das Buch enthält
den vollständigen amtlichen Text, der bisher der Öffentlichkeit
nicht bekanntgemacht worden ist.

Neue Südwestafrika-Transporte. In Amsterdam werden am
7. Juni 889, am 13. Juni 787, am 16. Juni 467 Südwestafrika-
transporte. Die familiären Transporten sind aus Frauen und
Kinder.

Bombenentfaltung. Der New-Yorker Berichterstatter der
„Times“ berichtet über die Bombenentfaltung in den Vereinigten
Staaten, daß am 3. Juni morgens in neun verschiedenen
Städten Explosionen stattfanden. Es handelt sich in sämtlichen
Fällen um Anschläge auf Personen, die mit der Unterdrückung
des Bolschewismus zu tun hatten. Die Personen, denen die
Anschläge galten, wurden nicht verletzt.

Falsches Geld. In Hamburg wurde eine aus acht Personen
bestehende Bande festgenommen, die falsche 50 Mark-Scheine
der Ostlostaube 1918 in Lübeck und Hamburg in Verkehr
brachte. Die Scheine sind in Kiel angefertigt. Die Bande
brachte im ganzen 837 Stück in Umlauf und stellte insgesamt
für 41.350 M. Scheine her.

Die Gegenüberstellung der deutschen Regierung zu den Friedens-
bedingungen hat jedoch zum Preise von 1.800 M. im Verlage
von Reimer Hobbing in Berlin erschienen. Das Buch enthält
den vollständigen amtlichen Text, der bisher der Öffentlichkeit
nicht bekanntgemacht worden ist.

